

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Wägern, Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wöchentlich 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.56 RM, die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge des Krieges od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 378

Altensteig, Freitag den 27. November 1931

54. Jahrgang

### Rundschau

Der erste Advent kündigt uns die beginnende Weihnachtszeit und das schönste aller deutschen Familienfeste. Aber die „fröhliche, selige, gnadenbringende Weihnachtszeit“ ist in diesem Jahre mit besonders schweren Sorgen belastet, die auf jedem einzelnen Volksgenossen liegen. Es gibt wohl keine Familie im deutschen Land, die nicht von den Nöten der Gegenwart irgendwie betroffen wird. Für alle unglücklich jedenfalls die Zukunft mit ihrem andurchbringlichen Schicksal ein ungewisses Schicksal. Im Blick auf Politik und Wirtschaft, auf Finanzen und internationale Beziehungen war es jedenfalls noch nie so schwer, nur für Wochen und Monate hinaus Gewisses voranzusagen. Die erschütternde Zahl von 4,84 Millionen Arbeitslosen in Deutschland, die völlig ungeklärte Lage Deutschlands in der Weltwirtschaft, die zermürbenden innerpolitischen Kämpfe und Gegenströmungen — sie legen sich als drückende seelische Last auf alle die, die heute noch in gesicherten Arbeitsverhältnissen stehen und die aufrichtig mittragen an der Not der Brüder aus dem eigenen Volk. Da vermag nun die Adventsbesinnung und die Weihnachtszeit den Niedergedrückten etwas zu geben, was uns von keiner Seite genommen werden kann: Den Glauben an die Hoffnung auf Rettung. Freilich richtet sich auch die Adventsbesinnung zunächst bemüht an den inneren Menschen und seine religiöse Einstellung. Aber alle äußeren Erfolge und Sicherheiten des irdischen Daseins sind bestimmt und bedingt durch die seelischen Kräfte. So erwacht aus der frohen Botschaft des Advents und der Weihnachtszeit die Kraft und Zuversicht zur Überwindung der tausendfältigen Schwierigkeiten, die uns die Gegenwart so trübe und hoffnungslos erscheinen lassen. So wird der vernichtende Pessimismus, der im deutschen Volke umgeht, zu jener stillen und freudig tragenden Kraft umgewandelt, die notwendig ist, um durch Schwere hindurchzukommen und bessere Verhältnisse heranzuführen. Aus der großen Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, an der Not des Nächsten mitzutragen, an seiner Hilfeleistung und Unterstützung bei der Durchführung der Winter-Hilfsarbeiten, sind solche Kräfte vorhanden. Und darum darf es gerade zum Advent wohl Lösung werden: Die Herzen empot!

Das Reichskabinett berät in diesen Tagen die neue Notverordnung, die seit Wochen unter dem Namen eines „Winterprogrammes“ angekündigt ist. Es wird durch dieses neue Gesetzwerk zweifellos keine Freude ausgelöst werden, denn es muß einschneidende Bestimmungen und neue Steuern enthalten, wenn der Gesamtheit unseres Volkes das Durchhalten ermöglicht werden soll. Der Aufstand dazu im Wirtschaftsbeirat des Reichskabinetts war nicht erhebend und die Leisheit, die als Ergebnis zustande kamen, brachten nicht viel Neues. Der große Reichspräsident hat zum Schluß die Arbeiten dieses Beirats am deutlichsten gekennzeichnet, wenn er sagt: „Der Wirtschaftsbeirat stimmt mit der Reichsregierung in deren Auffassung über Zweck und Ziel der jetzt erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen überein, wenn auch in der Auffassung über die Einzelmaßnahmen die Meinungen auseinandergehen. In offener Aussprache ist über Grad und Maß dieser Unterschiede in den Auffassungen Klarheit geschaffen worden.“ Nun hat die Regierung das Wort und man erwartet ihre Entscheidung in der ersten Dezemberwoche. Drei Probleme sind es, die die Öffentlichkeit betreffen: Die Lohn- und Preisregelung, die Regelung der Mietzinsen und der Ausgleich der öffentlichen Haushalte. Die Devise Lohnsenkung hat alsbald den Protest der Gewerkschaften hervorgerufen, die es als ein falsches Rezept bezeichnen, neue Lohn- und Preisregelungen vorzunehmen und sie begründen dies aus dem Verzicht der Politik. Der Kampf darüber wird die Weihnachtswochen verdröhern.

In der Tat ist die Wirtschaft unser Schicksal. Es muß nicht nur der Binnenmarkt und die Kaufkraft im Innern gestärkt werden, sondern es wird angeht die Forderung der Schuldung Deutschlands an das Ausland notwendig, auch diese Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltwirtschaft zu betrachten. Wir müssen ausführen, um Devisen zu schaffen. Deshalb müssen wir billiger produzieren. Das diese Billigung allein durch Preis- und Lohnsenkung erreicht werden kann, ergibt sich aus der Lage, in die wir im Laufe des letzten Jahrzehnts hineingelappt sind. Gewiß würde eine steuerliche Entlastung der Produktion auch dazu beitragen, daß wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig würden, aber ein verschuldetes Staatswesen kann ernstlich an Steuerermäßigungen nicht denken, wenn private und politische Schulden ein Ausmaß angenommen haben, das jede derartige Operation ausschließt. Der Zwang zur

### Laval vor der franz. Kammer

#### Frankreichs geheiligtes Recht auf Reparationen

Paris, 26. Nov. Nach Erledigung einer ganzen Reihe von Gegenständen ging die Kammer zu Beginn dazu über, die Beratung der außenpolitischen Interpellation fortzusetzen. Als letzter Interpellant sprach der kommunistische Abgeordnete Doriot. Er sprach vor allem über den sino-japanischen Konflikt, kritisierte das Verhalten des Völkerbundes und wandte sich vor allem gegen Japan.

Nach seiner Rede fügte sich der Sitzungsaal und in dem Augenblick als Ministerpräsident Laval die Tribüne bestieg, ist das Haus voll befeuert. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten dauerten etwa eine Stunde. Er begann damit, chronologisch die Ereignisse zu skizzieren, die sich seit dem Vorschlag Hoover, ein Reparations- und Schuldenerleichterung einzulegen, zugezogen haben. Die ostimistischen Voraussetzungen, die man an das Hoover-Feiertagsverhältnis hatte, hätten sich nicht erfüllt. Im Gegenteil. Am 12. Juli habe eine große deutsche Kant. für Laval fort. ihre Schalter geschlossen und damit habe eine Periode der Beunruhigung eingeleitet. Wenige Tage später habe der englische Premierminister MacDonald den Vorschlag gemacht, eine internationale Konferenz zusammenzubekommen, um die Lage Deutschlands zu prüfen. Bevor die französische Regierung auf diesen Vorschlag eingegangen sei, habe sie den Wunsch gehabt, mit den letzten deutschen Staatsmännern zu verhandeln. Reichskanzler Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius seien darauf nach Paris gekommen und von der französischen Bevölkerung in herzlicher Weise empfangen worden. Vor Beginn der allgemeinen Aussprache habe er Gelegenheiten gehabt, in einer einstündigen Unterredung den Standpunkt der Reichsregierung kennen zu lernen. Er habe auch den Standpunkt der französischen Regierung entwickelt, und es habe sich sofort gezeigt, daß Schwierigkeiten auf beiden Seiten beständen, die man nicht verkennen dürfe. Trotzdem habe man, da sich eine gegenseitige Achtung gezeigt habe, den Versuch machen müssen, in irgend einer Weise etwas zu unternehmen. Sowohl der Reichstag als auch er als französischer Ministerpräsident hätten die Interessen ihrer Länder gewahrt, und er entsinne sich eines Wortes, das Reichskanzler Brüning gebraucht habe und das auf ihn tiefen Eindruck gemacht habe: Es ist eine Tragödie in der Geschichte unserer Völker, daß wir niemals zu gleicher Zeit das gleiche Wort aussprechen können. An dem Tage, an dem jenseits der Grenzen die nationalitischen Kundgebungen aufgehört haben, werden die Ereignisse eine Antwort auf die Frage des Reichskanzlers geben. Er, Laval, habe das Empfinden gehabt, daß sowohl der Reichskanzler als auch

der Reichsaussenminister betrieblid gewesen seien von der offiziellen Aussprache während des Pariser Besuchs. Dann sei man am 20. Juli gemeinsam zur Londoner Konferenz gefahren. Laval kam dann auf den freundlichen Empfang in Berlin zu sprechen und weiterhin auf den Vorschlag einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission, die unter den besten Hoffnungen am 13. November ihre Arbeit aufgenommen habe. Dann berichtete Laval über seine Reise nach Washington. Der Besuch sei die schönste und berückelste Propaganda für Frankreich gewesen, die jemals gemacht wurde. (Beifall.) Es sei jedes Mißverständnis zwischen den beiden Regierungen aus der Welt geräumt worden und Frankreich sei jetzt auch geschützt gegen jede Initiative, wie sie Hoover im Juli d. J. unternommen habe. Man habe beschlossen, am Goldstandard festzuhalten.

Nachdem Laval eine Reihe weiterer Fragen behandelt hatte, kam er auf die Reparationen zu sprechen, auf die Frankreich ein heiliges Recht habe. Er erklärte, daß Deutschland als Schuldner eine gewisse Großmännlichkeit zeige, alles Mögliche zu gestalten und die nationale Aufrüstung zu vervollkommen, aber in dem Augenblick, in dem es zahlen solle, sich für zahlungsunfähig erkläre, das sei die Gewohnheit Deutschlands. (Starker Beifall.) Dieser Zustand werde dadurch verschlimmert, daß Kundgebungen erfolgten, die bei zu vielen Menschen in Deutschland Unterstützung fanden. Er werde das Elend des deutschen Volkes, wenn aber das Gegenteil der Fall wäre und wenn Frankreich genau so handeln würde wie Deutschland, wie würde das in Deutschland behandelt? Gewiß sei Deutschland von der Krise am härtesten betroffen, aber andere Länder seien auch nicht verschont. Frankreich könne auch nicht immer Vorne und Geld verschleudern. Frankreich habe seine Pflicht erfüllt.

Im Verlauf seiner Rede führte Laval weiter aus: Wir haben in keiner Weise die Verpflichtungen der internationalen Solidarität verletzt, aber es gibt Grenzen, die zu überschreiten wir nicht das Recht haben. Man hört überall: das Vertrauen müsse wieder hergestellt werden, vor allem aber sei dies notwendig für den Kessel vor dem gegebenen Wort und vor dem unterschriebenen Abkommen. Frankreich würde sich nicht weigern die Modalitäten eines neuen Abkommens mit seinen Partnern zu prüfen. Es sei bereit, eine Herabsetzung der Schulden zu bewilligen, wenn ihm auch ein gleicher Nachlaß von seinen Gläubigern gewährt würde. Frankreich werde den Privatschulden keinen Vorrang vor den Reparationen gewähren.

Ausfuhr und Wettbewerbsfähigkeit ist in diesen Wochen durch die Erhöhung der englischen Einfuhrzölle um 50 Prozent und durch die Zollmaßnahmen anderer benachbarter Länder besonders deutlich geworden. Daß wir aber die inneren Lasten nur tragen können, wenn die Basis der Lebenshaltung eingeengt wird, ergibt sich aus dem neuen Fehlbetrag im Reichshaushalt, der mit 500 bis 1000 Millionen RM. geschätzt wird. Wenn es dem deutschen Volk nicht einmal möglich ist, die Lasten seiner inneren Verwaltung und Fürsorge zu tragen, was sollen dann die Gläubiger Deutschlands sagen, die uns in den letzten Jahren viele Milliarden gepumpt haben! An die politischen Schulden ist dabei noch gar nicht gedacht.

In Basel wird am 7. Dezember der Sachverständigenausschuß zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zusammentreten. Seine Aufgabe ist es, festzustellen, ob Deutschland die Reparationskosten in irgend welcher Form leisten kann. Es muß sich aus diesen Untersuchungen, die selbstverständlich auch die private deutsche Verschuldung nicht außer Betracht lassen können, ergeben, daß die Zeit der Reparationszahlungen vorüber ist. An diesem Punkte wird dann die Politik einsehen, vor allem der politische Ausspruch Frankreichs, den Youngplan wieder in Kraft zu setzen, wenn am 1. Juli 1932 das Hoover-Feiertagsverhältnis abläuft. Der Besuch des italienischen Außenministers Grandi bei Hoover — vielleicht der letzte in der Reihe der Ministerbesuche, mit denen man dieses Jahr reichlich angefüllt hat, erstrebte vor allem finanzielle Hilfeleistung durch Amerika für Italien. Auch Italien hat um Aufrechterhaltung seiner Währung zu kämpfen. Amerika soll zugezogen haben, Italien in seinen Bemühungen um Erhaltung des Goldstandards zu unterstützen. Daß Italien für eine weitestgehende Lösung der Tributfrage eintritt, ist bekannt. Grandi hat in seiner Neugotter Rede dieser Überzeugung Ausdruck gegeben und auch die Beschränkung der Kriegsausgaben mit Nachdruck gefordert.

Am 26. und 27. November findet in Paris eine große private Abrüstungskonferenz statt, die von 600 Vertretern aus allen Ländern, darunter auch 60 Deutschen, besucht wird. Es sind Führer politischer, sozialer, religiöser

und intellektueller Vereinigungen. Auf der Konferenz soll eine Entschließung im Sinne der Abrüstung angenommen werden. Auch die deutschen vaterländischen Verbände haben dieser Tage in Berlin in einer Kundgebung die Abrüstung gefordert als einen Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf Grund der bestehenden Verträge.

Angeht die Hilfslosigkeit des Völkerbundes kann man den ganzen Abrüstungsbestrebungen keinerlei Vertrauen entgegenbringen. Wie war es doch, als im Frühling dieses Jahres die deutsch-österreichische Zollunion geplant wurde? Da hat sich der Völkerbund mit aller Macht dreingeworfen, und doch handelte es sich um ein friedliches Unternehmen, um eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Grundlage. Nunmehr aber lobt in der Mandchurei seit Monaten der Krieg zwischen Japan und China. Der Völkerbund findet nicht das entscheidende Machtwort. Unzählige Einigungsversuche sind mißlungen, nun scheint man wieder einmal eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle entsenden zu wollen, die den Tatbestand aufnehmen und dem Rat berichten soll. Damit ist natürlich der Konflikt im Fernen Osten nicht aus der Welt geschafft. Es ist vielleicht für eine gewisse Entspannung gefordert, wenn unterdessen nicht die Heere auseinanderprallen, vor allem ist aber etwas für die Reputation des Völkerbundes getan worden. Zweierlei Maß wendet der Rat der Völker an: er schon die Mächtigen und schafft ihnen weiteren Einfluß, während die Schwachen nicht in den elementarsten Rechten geschützt sind. Er hat sich auch nicht gerührt, als das Volk aus Copern den Anschluß an das benachbarte Griechenland wollte, dem es seiner Abstammung nach zugehört. England dürfte die Bewegung militärisch niederdrücken.

In Rußland ist man von der fünfzigsten zur sechzigsten Arbeitswoche zurückgekehrt. Das bedeutet nicht eine Konzeption an die Religion, sondern an die Familie, damit diese am letzten Tage einen gemeinsamen Ruhetag hat, was allerdings nur in den seltensten Fällen der wahre Sonntag ist. Diese Veränderung bedeutet nur eine der vielen Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Amortisierung der Arbeit in Rußland.



### Vermutliche Pläne der N. S. D. A. P. in Hessen?

Berlin, 26. Nov. Das preussische und das hessische Innenministerium haben dem Oberreichsanwalt ein Schriftstück und Beweisanlagen über seine Echtheit zugesendet, das von führenden Nationalsozialisten in Hessen aufgestellt worden sein soll. Nach den Vorermittlungen ist die Entstehungsgeschichte die, daß Mitte November eine geheime Besprechung auf dem Forsthaus Hof bei Langenscheidt (Hessen) stattgefunden habe, an der die nationalsozialistischen Führer und jetzigen hessischen Landtagsabgeordneten Hauptmann a. D. Wassmann, Gerichtsassessor Dr. Best, der Geschäftsbekanntmachung für Landwirtschaft Dr. Wagner, der Wirtschaftskorreferent Dr. Schäfer, Kapitänleutnant a. D. von Davidsohn und der Privatsekretär des Gauleiters von Hessen, Stadinspektor, teilgenommen hätten. Vergleichende Schriftproben ergaben, daß der Gerichtsassessor Dr. Best das Schriftstück anfertigt habe. Das Schriftstück sei überfälscht als

„Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der jetzigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune

in einem für einheitliche Verwaltung organisierten Gebiet“.

Der Entwurf enthält dann den Befehl an die gesamte Bevölkerung, wonach sie jeder Anordnung der SA, um, gleich von welchem Dienstgrade, erteilt, sofort Folge zu leisten habe. „Widerstand“, so lautet der Befehl, „wird unbedingt mit dem Tode bestraft.“

Weiter jenseit der Befehl die Ableitung jeder Schutzwehr binnen 24 Stunden vor. Wer dann noch im Besitze einer Schutzwehr betraffen werde, könne ohne Verfahren auf der Stelle erschossen werden. Die Todesstrafe werde auch angedroht den Beamten, Angestellten und Arbeitern öffentlicher Behörden, die ihren Dienst nicht weiterführen, sowie denjenigen, die die zu erlassenden Anordnungen verletzten. Ein besonderer Verordnungsentswurf „zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes“ (siehe aus, daß die Führung „zur Rettung des Lebens der Bevölkerung gezwungen sei, über den gesamten Ertrag des Volkseinkommens und das Vermögen des einzelnen Volksgenossen zu verfügen.“ Ein besonderer Verordnungsentswurf behandelt die nationale Arbeitsdienstpflicht, die jeden Deutschen (nicht Juden usw.), männlichen und weiblichen Geschlechts, vom 16. Lebensjahr betrefte, soweit er nicht bei Behörden dient oder der SA bzw. Landeswehr angehört.

Das Schriftstück sei von dem hessischen Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer dem Volksvertreter in Frankfurt a. M. überreicht worden, weil dieser Abgeordnete, der inzwischen mit der Partei in Zwist geraten sei, in ihr ungesetzliche Bestrebungen erblickte, die er mit seinem Gewissen nicht habe vereinbaren können. Die Angelegenheit werde erblickt in der einleitenden Bemerkung „nach dem Wegfall der jetzigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune“.

Es sind im Zusammenhang mit diesem Schriftstück Hausnachrichten bei den führenden hessischen Nationalsozialisten die oben genannt sind, vorgekommen worden.

#### Der Oberreichsanwalt zu den Hausnachrichten in Hessen

Leipzig, 26. Nov. Wie vom Oberreichsanwalt zu den Hausnachrichten in Hessen mitgeteilt wird, sind diese nicht auf Veranlassung erfolgt. Im übrigen wird vom Oberreichsanwalt erklärt, ob es sich tatsächlich um ein hochverräterisches Unternehmen handele, lasse sich noch nicht überblicken. Auf jeden Fall bedürfe die ganze Angelegenheit noch der eingehenden Prüfung und Klärung. Wie wir weiter erfahren, ist Dr. Schäfer auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes heute vormittag bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig erschienen, um hier vernommen zu werden. Die Vernehmung dauert noch an.

#### Ämtliche Darstellung über das Ergebnis der Hausnachrichten in Hessen

Darmstadt, 26. Nov. Ämtlich wird mitgeteilt: Die gestern nachmittag bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Partei, Gau Hessen, durchgeführten Hausnachrichten, die sich auf die Nachprüfung der in dem Besitze des Oberreichsanwaltes gelangten Notverordnungen der illegalen nationalsozialistischen Regierern und andere Schriftstücke erstrecken, haben in vollem Umfange zum Erfolg geführt. Die Echtheit der Dokumente steht nunmehr ebenso außer allem Zweifel, wie die Tatsache ihrer Abfassung durch Gerichtsassessor Dr. Best und Kommiliten.

#### Die Parteileitung der NSDAP. zu den Hausnachrichten

München, 26. Nov. Zu den Hausnachrichten im Gau Hessen der NSDAP. teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. u. a. mit, daß die Parteileitung der NSDAP. mit dem vom preussischen Innenministerium der Öffentlichkeit übergebenen Entwurf eines Schriftstückes, das angeblich von Parteimitgliedern des Gau Hessen der NSDAP. entworfen sein soll, nicht das geringste in tun habe. Falls diese Niederschrift eines Entwurfes sich als echt erweisen sollte, was bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, so könne es sich nur um eine Privatarbeit handeln. Die Parteileitung, die ihren grundsätzlichen Standpunkt oft eindeutig genug befunden habe, könne unmöglich für ihre fast 800.000 Mitglieder verantwortlich gemacht werden.

#### Die Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei zu den Vorgängen in Darmstadt

Frankfurt a. M., 26. November. Die Gauleitung Hessen der N.S.D.A.P. sagt in einer Erklärung u. a., daß seit ihrer Neugründung im Jahre 1925 weder direkt noch indirekt illegale Pläne einzelner Personen unterstellt worden seien. Es sei unnachlässiglich jeder entfernt worden, der mit solchen Plänen zu spielen versucht habe. Die Gauleitung Hessen und alle verantwortlichen Führer lehnten es entschieden ab, mit diesen Plänen auch nur das geringste zu tun zu haben. Diese Grundhaltung gelte auch für die N.S.D.A.P. in Hessen. Sollte es sich bewahrheiten, daß einzelne Mitglieder der N.S.D.A.P. in Hessen direkt oder indirekt sich mit Plänen dieser Art identifizierten, dann würden sie sofort unwiderruflich und dauernd ausgeschlossen. Es wird weiter gesagt, daß jeder, der sich mit illegalen Absichten und Plänen trage, als ein bewußter Provokateur erklärt werde. Diese Meinung werde nicht nur durch den verantwortlichen Gauleiter, sondern auch von allen Führern der hessischen Partei vertreten.

#### Eine Erklärung Görings an den Reichsinnenminister

Berlin, 26. November. Reichstagsabgeordneter Göring hat im Auftrag des Parteiführers Hitler im Zusammenhang mit den Vorgängen in Hessen dem Reichsinnenminister folgende Erklärung übermittelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverratsverhandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekannt geworden. Die Reichsleitung, sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das Geringste zu tun. Die Parteileitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen Standpunkt strengster Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rücksichtslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.“

#### Weitere Anklagen

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ schreibt in ihrer letzten Nummer, daß im „Braunen Haus“ in München Listen von Personen angefertigt würden, die, wenn die Nazis zur Macht kommen, „erledigt“ werden sollen.

Der „Völkische Beobachter“ bezeichnet diese Behauptung als eine ungeheuerliche Fälschung und schreibt über die Fälle in München und Darmstadt: „Die Dokumente, mit denen man Polizei- und Staatsanwaltschaft in München und Darmstadt gegen uns hegt, sind, wie wir heute schon feststellen können, erwiesenermaßen gemeine Fälscherprodukte. Es handelt sich hier um das gleiche Fälscherhandwerk, in dem sich die „Münchener Post“ seit Monaten führend hervortut und in der das sozialdemokratische Blatt regelmäßig einer Lüge nach der anderen überführt wurde. Es sei an die gefälzten Meier- und Schulz-Briefe im Fall Röhm erinnert. Der gleiche Schwindel wird auch hier wieder versucht, nur mit noch plumperen Mitteln wie damals. Es wird auch die Zeit noch kommen, in der der marxistischen Fälscherzentrale das Handwerk gründlich gelegt wird.“

### Die Sachverständigen für den Basler Sonderausschuß

#### Erste Tagung am 7. Dezember

Basel, 25. Nov. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich ist bekannt, daß ihr die Präsidenten bzw. Gouverneure der in Artikel 128 des Sachverständigenplanes aufgeführten Zentralbanken nunmehr offiziell Mitteilung von der Ernennung der sieben ordentlichen Mitglieder des Beratenden Sonderausschusses gemacht haben. Die offiziell Ernannten sind:

- Prof. Alberto Beneduce, Präsident des Consorzio dei Credito per le opere pubbliche, Rom;
- Emile Francqui, Staatsminister, Vizegouverneur der Societe Generale de Belgique, Brüssel;
- Sir Walter Banton, Hauptschriftleiter des „Economist“, London;
- Dr. Karl Reichler, Teilhaber der Firma M. Warburg u. Co., Hamburg;
- D. Sobara, Esq., Direktor der Yokohama-Spesie-Bank, Ltd., London;
- Prof. Charles Riff, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Paris;
- Dr. Walter Stewart, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Chase National Bank, New York.

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat den Ausschuss am Montag, den 7. Dezember, vormittags 10.30 Uhr, nach Basel einberufen, wo er in der Bank tagen wird. Es versammelt sich der Ausschuss am 7. Dezember, vormittags 10.30 Uhr, nach Basel einberufen, wo er in der Bank tagen wird. Es versammelt sich der Ausschuss am 7. Dezember, vormittags 10.30 Uhr, nach Basel einberufen, wo er in der Bank tagen wird.

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat den Ausschuss am Montag, den 7. Dezember, vormittags 10.30 Uhr, nach Basel einberufen, wo er in der Bank tagen wird. Es versammelt sich der Ausschuss am 7. Dezember, vormittags 10.30 Uhr, nach Basel einberufen, wo er in der Bank tagen wird.

### Gehaltskürzungen im Haushaltsausschuß

#### Nach Privatsekretären sollen gekürzt werden

Berlin, 26. Nov. Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums auf Anfrage, ihm sei nicht bekannt, ob und welche Pläne die Reichsregierung hinsichtlich einer neuen Gehaltskürzung habe.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag abgelehnt, alle Gehalts- und Beförderungskürzungen rückgängig zu machen.

Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, der eine Herabsetzung der Gehälter der privaten Sekretäre von mindestens 2000 bis 3000 Mark bis auf 1200 Mark bis 2000 Mark u. S. bis über 12000 Mark hinausgehenden Betrages, über 2000 bis 3000 Mark bis 25 u. S. bis über 12000 Mark hinausgehenden Betrages u. S. Eine Herabsetzung unter 12000 Mark soll jedoch nicht erfolgen. Wird die Herabsetzung nicht oder nicht in dem vorgeschriebenen Umfange vorgenommen, so ist der Dienstbescheid verpflichtet, den Unterschiedsbetrag vom selbst an das Reich abzuführen.

Weiter wurde der christlich-sozialer Antrag angenommen, wonach die Reichsregierung um sofortige Vorlage eines beschrifteten Gesetzesentwurfs oder um Erlaß einer beschrifteten Notverordnung des Reichspräsidenten ersucht wurde, wonach von Körperstellen des öffentlichen Rechts nicht höhere Gehälter wie die der Reichsminister ausgerechnet werden dürfen. Diese Bestimmung soll jedoch nicht den Reichspräsidenten und den Reichsminister treffen. Rentenzulagen und Zulagen anderer Art seitens des Arbeitgebers an den Gehaltsempfänger und an dessen Familie dürfen 15 u. S. der Gehälter, Reiseentschädigungen die Säuge der entsprechenden Klasse der Reichsbeamten nicht überschreiten. Ausnahmen können nur von einer Reichs- oder Landeszentralbehörde zugelassen werden. Wenn bei der Reichsbahn-Gesellschaft internationale Verhandlungen zur Durchführung der obigen Forderungen erforderlich sein sollten, so sollen diese Verhandlungen sofort eingeleitet werden.

Ein weitergehender nationalsozialistischer Antrag wurde, da die Antragsteller abwesend waren, vom Ausschuss abgelehnt.

### Wie steht es um Bränning?

Aus Baden wird nach dem Scheitern des Wirtschaftskomitees gemeldet: Selbst die Anhänger, auf die der Kanzler stets sicher rechnen konnte, sind ungläubig geworden. Sie weisen auf die vielen Versprechungen der letzten Jahre hin, die Bränning nicht habe erfüllen können, weil immer neue Aufgaben zwischen die begonnenen Arbeiten sich einschoben. Man brauche nur an den Bankzusammenbruch im Juli zu denken, an die Kämpfe um den deutsch-österreichischen Zollausgleich, an die Verzögerung des Hooververtrages durch Frankreich. Wird

es, so fragen die Politiker, diesmal anders kommen? Schon der Preis- und Tarifabbau, so meint man, werde verfallen. Die Reichsbahn könne die Personalfahrttarife nicht senken, die Stadt Straßenbahnen und die Gas- und Elektrizitätswerke würden sich ebenfalls weigern, ihre Preise abzubauen. Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft erwäge sogar schon wieder neue Fahrpreisaufschläge. Die Städte und Gemeinden brauchen die Ueberlässe aus ihren Betrieben, um die laufenden Ausgaben, besonders die Wohlfahrtsausgaben, zu begleichen. Die Reichspost denke nicht daran, das Briefporto wieder auf den Friedensstand von 10 Pfennigen zu senken. Die Sozialversicherung arbeite mit Fehlbeiträgen und suche eher die Einnahmen zu erhöhen, um den gesteigerten Ausgaben Rechnung tragen zu können. Zölle und Steuern würden nicht gesenkt. Hinsichtlich der Rentenentlastung spreche man von Wonn und Aber. Wie solle aber das Ziel der Preisentlastung erreicht werden, wenn die Behörden selbst nicht vorangehen könnten, weil sie selbst nicht genügend Deckung haben? Nach der Meinung des Reichsfinanzministers werde sich die verheerende Wirtschaftskrise erst in den nächsten Monaten in vollem Maße auswirken. Es sei unmöglich, der Wirtschaft und denjenigen, die noch in Arbeit stehen, neue Lasten aufzubürden. Jede neue Belastung dieser immer kleiner werdenden Schicht vermähre das Steuerunvermögen. Am Reichstag, so wird bitter bemerkt, werde nicht gepart. Der Haushaltsentwurf des Reichstags und der übrigen deutschen Parlamente mache allein 42 Millionen Mark aus. Angesichts der Zweifel in den eigenen Reihen besähe sich die Regierung wieder mit der Frage einer Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum.

### Neues vom Tage

#### Schiedsgericht für den Ruhrberauben

Essen, 26. Nov. In den wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Löhne im Ruhrberauben wurde durch die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedsgericht gebildet, wonach das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird. Der Spruch kann erstmalig am 1. Dezember zum 31. Dezember gekündigt werden. Von Arbeitnehmerseite wurden Bedenken gegen die kurzfristige Verlängerung erhoben, weil dann die nächsten Verhandlungen über Lohnbestimmungen mühsam und dadurch eine neue Beurteilung in das Revier hineingebracht würde. Die Arbeitgeber haben den Schiedsgericht abgelehnt.

#### Ein 2 1/2-jähriger Lebensretter

Kassel, 26. Nov. Daß ein 2 1/2-jähriger Junge ein fünfjähriges Mädchen vom Tode des Ertrinkens rettete, dürfte wohl eine fast unlaubliche Begebenheit sein. Dieser Fall hat sich dieser Tage in Kassel ereignet. Beim Spielen im Garten machte sich ein fünfjähriges Mädchen an einem Wasserloch zu schaffen, da es Wasser zum Kuchenbacken nötig hatte. Die Kleine rief jedoch plötzlich aus und fiel kopfüber in das 1 1/2 Meter tiefe Loch. Der kleine Paul Boaner, ein 2 1/2-jähriger Knirps, der sich auch beim Fall befand, rannte nicht weg, wie kleine Kinder es zu tun pflegen, sondern ergriff die Beine des Mädchens und zog es auf Leibeshöhe, bis es dem Mädchen gelang, mit den Händen nachzuwühlen und aus dem Loch zu kommen. Der in der Nähe weilende Großvater des kleinen Helden hatte infolge Schwermüdigkeit vom dem ganzen Vorfall nichts bemerkt.

#### Gesundheits in Warschau — Sechs Tote

Warschau, 26. Nov. Von der jüdischen Rettungsgesellschaft wurden aus einem Hause sechs Tote geborgen, die durch Leuchtgas ums Leben gekommen waren. Fünf Verletzte liegen krankenhauslos darnieder. Das Gas war aus dem Hauptrohr in zwei Kellerwohnungen eingedrungen. Da unter den Bewohnern der Kellerwohnungen Streit entstanden war, hält man es für möglich, daß das Gas durch einen Streit entstanden ist.

#### Freundschafts Telegramm an China und Japan

Paris, 26. Nov. Das Telegramm, das Außenminister Briand als Vorsitzender des Völkerbundesrates an die chinesische und an die japanische Regierung gerichtet hat, lautet: Der Völkerbundrat bemüht sich, zu einer friedlichen Regelung des Streitfalles zu gelangen. Seine Bemühungen würden vergeblich sein, wenn neue Kämpfe zwischen chinesischen und japanischen Streitkräften vorlägen. Der Völkerbundrat macht die beiden Regierungen auf die in der Gegend von Tschinkaiu herrschende Lage besonders aufmerksam. Säge der beiden Parteien ist es, den Befehlshabern ihrer Streitkräfte die strengsten Weisungen zu erteilen, sich jeder Initiative zu enthalten, die neue Kämpfe und neues Blutvergießen zur Folge haben könnte.

#### Ultratransport japanischer Truppen aus Tschinkai

Paris, 26. Nov. Die japanische Völkerbundsdelegation teilt mit, daß nach den durch die Rülte bedingten Transporterschwierigkeiten die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Tschinkai begonnen hat und gegenwärtig andauert.

### Württembergischer Landtag

#### Einräumungsarbeit im Landtag

Stuttgart, 26. Nov. Im Landtag wurde am Donnerstag ein erhebliches Maß von Arbeit geleistet. Zunächst wurde das Württ. Ausführgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, nachdem noch eine formalrechtliche Verbesserung dringender Antrag des Abg. Heumann (S.) zur Frage der Zuständigkeit der Schwurgerichte für Straftaten durch die Presse und ein Antrag Dr. Hugel (SP.) betr. reichsgesetzliche Regelung der Luftschiffabrikschäden Zustimmung gefunden hatten. Eine längere Aussprache knüpfte sich dann an einen von Initiativbesetzung, der die Verknüpfung der Steuerfreiheit für Neubauschulungen von 5 auf 7 Jahre mit rückwirkender Kraft auf 1. Januar 1931 vorschlägt. Finanzminister Dr. Dehlinger wandte sich sehr entschieden gegen den Entwurf, weil in den meisten Fällen nicht der geringste Anlaß zu einer Steuerermäßigung bestünde und weil sowohl der Städte- wie auch der Gemeindetag im Interesse der Gemeindefinanzen dringend abeten, die Verlängerung der Steuerfreiheit abzulehnen. Der Minister bezeichnete den von Entwurf als den Ausdruck einer verantwortungslosen Opposition. Auch die Abg. Dr. Rauhe (Dem.), Dr. Hüder (SP.), Dr. Höfner (SP.), Dr. Strödel (SP.) sprachen sich gegen den Initiativbesetzung aus, während sich die Abg. Winter (S.), Böhler (S.), Bergenthaler (S.), Genaler und Andre (S.) für ihn ins Zeug setzten und u. a. darauf hinwiesen, daß der Landtag schon einmal von der Regierung die Vorlesung eines derartigen Entwurfs verlangt habe. Der Abg. Basch (SP.) beantragte, nur solchen Gebäudeschulden, die sich in wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, Steuerfreiheit bis zu 7 Jahren zu gewähren. Dieser Antrag wurde mit dem Entwurf an den Staatsrat übergeben.





Die sehr kritische Frage der Errichtung einer neutralen Schiedsstelle wurde von der Tagesordnung abgesehen. Dann kamen auch Anträge des Zentrums und des Bauernbundes über die Erleichterung zahlreicher Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Not sowie zum Schutz der Land- und der Waldwirtschaft zur Beratung. Diese Anträge, die erst dieser Tage im Finanzausschuss behandelt worden sind, wurden von den Abg. Mulscher (B.B.) und Pils (Z.) bearbeitet. Während die Abg. Weimer (S.) und Roth (Dem.) sie als „alte Bekannte“ behandelten, erklärte Wirtschaftskommissioner Dr. Maier, im Ausschuss habe Einmütigkeit über die Notwendigkeit dieser Anträge bestanden. Der Minister trat hauptsächlich für den Schutz der Waldwirtschaft ein. Leider habe die Reichsregierung für alle Anträge und Vorstellungen auf diesem Gebiet wenig Verständnis gezeigt. Wenn es so weitergehe, komme man in der Holzfrage noch zu anarchischen Zuständen. Abg. Kling (C.D.) beantragte zur Hebung des Fleischverbrauchs die Zuweisung von Fleischfleisch an die Erwerbslosen an Stelle des Gefrierfleisches. Abg. Albert Fischer (K.) hielt eine Rede von über 1 Stunde, während der sich das Haus leerte. Er kritisierte die Anträge als ein Misstrauen der Antragsteller gegen die eigene Regierung. Es sprachen dann noch die Abg. Bauer (B.B.), Reimenthaler (B.S.) und Hartmann (B.B.), die ihre Zustimmung zu den Anträgen zum Ausdruck brachten. Diese wurden mit dem Antrag Kling angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt und dem Präsidenten wurde die Ermächtigung erteilt, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Voraussichtlich wird der Landtag erst im nächsten Jahre wieder zusammentreten.

Nächsten Dienstag wird die Regierung ihre neue Notverordnung dem Finanzausschuss des Landtags unterbreiten. In der Notverordnung soll auch die Frage einer Herabsetzung der Landtagsabgaben geregelt werden, mit der sich der Landtag selbst nicht mehr befassen darf. Die in der Presse bereits angekündigte Aufhebung der Oberämter Wehrheim und Spinnheim dürfte in der Notverordnung ihre Verwirklichung finden.

## Aus Stadt und Land

Altensteig, den 27. November 1931.

**Amthliches.** Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Dörlsheim O.A. Calw dem Lehrer Hermann Prümmer in Alperg O.A. Ludwigsburg, Stuttgart-Juffenhäuser dem Hauptlehrer Hubert in Hatterbach unter gleichzeitiger Ernennung zum Rektor an der Reifenschule.

Die Auszahlung der Heeresrenten für den Monat Dezember erfolgt am Samstag, den 28. ds. Mts. von 9 Uhr ab durch die Postamtskasse.

**Fleischverkauf am dritten Weihnachtsfeiertag.** Auf Anregung des Fleischerhandwerks befristeten sich die zuständigen Stellen zur Zeit mit der Frage, ob in diesem Jahre der dritte Weihnachtsfeiertag in einigen Morgenstunden für den Fleischverkauf freigegeben werden soll. Die Tatsache, daß der dritte Feiertag diesmal auf einen Sonntag fällt, bedeutet für die Verbraucher insofern eine Härte, daß an drei Tagen keine Einkäufe vor allem von frischen Lebensmitteln gemacht werden können. Preußen hat sich bereits zustimmend zu der Anregung geäußert. Es ist möglich, daß die Angelegenheit auch im Reichsrat noch behandelt wird und auf dem Wege der Verordnung erlassen werden könnte.

**Weitere Erleichterung der Benützung von Sonntagsrucksackarten über Weihnachten und Neujahr.** Nach der erheblichen Erweiterung der Gültigkeit der Sonntagsarten über Weihnachten und Neujahr hat die Reichsbahn nunmehr auch davon abgesehen, die Sonntagsarten über diese Feiertage für Schnellzüge zu sperren. Es können mithin Sonntagsarten auch über Weihnachten und Neujahr gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlags zur Fahrt mit Schnellzügen benützt werden (ausgenommen F.D., F.F.D. und R-Züge).

Calw, 26. November. (Verkehrsunfall.) Dienstagnachmittag gegen 1.30 Uhr fuhren auf der Staatsstraße Calw-Hirsau, beim Gutleuthaus, ein Stuttgarter und ein Schorndorfer Personenauto mit erhöhter Fahrgeschwindigkeit aufeinander. Bei dem heftigen Aufprall wurden beide Wagen sehr stark beschädigt, so daß sie abgeschleppt werden mußten. Zum Glück ging es bei den Insassen mit leichteren Verletzungen ab. Die Schuld an dem Unfall trifft nach den gemachten polizeilichen Erhebungen den Fahrer des Stuttgarter Wagens.

Unterjettingen, 26. November. (Zwangsvollstreckung.) Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Maxlung Unterjettingen belagene Anwesen des Friedrich Rinderknecht, Hirshwirts in Unterjettingen und seiner Ehefrau Emilie geb. Henne je hälftig ungeteilt gemeinschaftlich eingetragene Grundstück Gebäude Nr. 105: 2 Ar 88 Quadratmeter Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Scheuer, Schuppen, Brennerei und Hofraum mit dinglicher Wirtschaftsgerechtigkeit zum „Hirsch“ an der Hauptstraße, mitten im Dorf, gemeinderätlich geschätzt zu 20.000 Mark, am Donnerstag, den 10. Dezember 1931, nachm. 2 Uhr, auf dem Rathaus in Unterjettingen versteigert werden.

Freudenstadt, 27. November. Stadtpfleger Röhler, geboren am 26. November 1871 in Sulzdorf bei Hall, feierte am gestrigen Tag seinen 60. Geburtstag. Er ist der dienstälteste städtische Beamte und seit 1. Juni 1895, also jetzt seit 36 1/2 Jahren, im Dienst der Stadtgemeinde. Vom Assistenten rückte er nach wenigen Monaten zum Sekretär, 1914 zum Stellvertreter und Stabsbeamten auf und übernahm als Nachfolger von Stadtpfleger Zeeb am 1. September 1923 das Amt des Stadtpflegers, das er nunmehr seit acht Jahren in gewissenhafter Verwaltung bekleidet. — Seinen 70. Geburtstag feierte gestern der frühere Holzhauerobmann Karl Röhrl, der von seiner Schulentlassung bis in sein hohes Alter als Holzhauer bei der städtischen Waldinspektion in Arbeit stand.

Neuenbürg, 26. November. (Unsere Alten.) Unsere ältesten Mitbürger und Mitbürgerinnen haben zum 100. Geburtstag die Welt erblickt. Nachdem bereits am 17. Frau Pauline Wanner im trauten Familienkreis ihren 87. Geburtstag begehen durfte, feiern zwei weitere Witwen, Frau Marie Benkiser und Frau Christiane Röhrl, heute ihren 83. Jahrestag, und morgen

kann der Senior unserer Stadtgemeinde, Herr Eugen Seeger, auf ein Alter von 80 Jahren zurückblicken.

Waldbad, 25. November. Zur Gemeinderatswahl sind sechs Vorschläge eingegangen mit insgesamt 39 Bewerbern.

Baisingen, 25. November. (Wildschweine.) Am Samstagabend kam der hiesige Jagdpächter Baisch-Höbblingen auf drei Wildschweine. Eine Boche mit ca. 150 Pfund blieb im Feuer, ein starker Keiler wurde angetroffen, jedoch scheinbar nicht verwundet und der dritte Schwarzkittel konnte sich unbeschossen in Sicherheit bringen. Das Schwarzwild wechselte in Richtung Jelshausen, konnte aber nicht mehr festgemacht werden.

Alfstaig, O.A. Sulz, 26. November. (Eindreher an der Arbeit.) In der Nacht vom 23. November hatte der Bauunternehmer Peter von hier einen unheimlichen Besuch in Gestalt von Eindrechern. Nachdem diese zuvor bei einem Nachbarn einen Eindruck versucht hatten, gaben sie in jenem Büro eine Gastrolle, indem sie alle Schränke und Behälter durchwühlten. Neben einem Fahrrad, welches sie stahlen, nahmen sie auch noch Kleidungsstücke u. a. mit. Wie wir erfahren haben, soll auch in Altoberndorf auf der Bahnstation in derselben Nacht eingebrochen worden sein. Den Tätern, welche im Stationsraum in Altoberndorf ebenfalls alles durchwühlten, sollen aber nur wenige Pfennige in die Hände gefallen sein. Einen Tisch und Schreibutensilien haben die Eindreher über das Bahngelände in die nebenanliegenden Wiesen getragen und dort weggeworfen.

Dorhan, 25. November. (Waldarbeiten.) Dem Holzhaueraktord liegen die Bestimmungen der H.O. für die Staatsverwaltung vom Jahr 1923 zugrunde, und es wurden die Stillschließungen in Anrechnung an die staatlichen Affordränge bestimmt. Arbeiter über 21 Jahre erhalten Stundenlohn 45 Pfg., der Holzhauerobmann 50 Pfg. Mit Arbeiten wurde in der Braundalbe, Distrikt 1, begonnen. Die Stadtwaldung ist berechnet auf 1636 Meter, die Nutzung im Stistungswald auf 421 Meter. Von dieser Gesamtzahl werden vorläufig vom Hieb zurückgestellt ca. 400 Meter. Für das Fällen und Reppeln von Langholz werden bezahlt im Leichten Hang per Festmeter in Kl. 1 und 2 1,20 M., Kl. 3 und 4 1,50 M., Kl. 5 und 6 2,20 M., in der Ebene 10 Prozent weniger, am Steilhang 10 Prozent weiter. Für Aufbereitung von Brennholz pro Km. werden bezahlt im Leichten Hang 2 M., Steilhang 10 Prozent mehr, Ebene 10 Prozent weniger. Den Zeitverhältnissen entsprechend meldeten sich einschließl. der beruflichen Holzhauer zur Arbeit 46 Mann, welche in zwei Abteilungen beschäftigt sind.

Stuttgart, 26. Nov. (Beamtenchaft und Notverordnung.) Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Landesverband Württemberg, hat in Gemeinschaft mit dem Afa-Bund dem Württ. Staatsministerium in einer Eingabe eine Anzahl Forderungen unterbreitet, die auf eine Zurücknahme oder Milderung der Notverordnung abzielen. Am 23. November fand zwischen dem Staatspräsidenten und Vertretern obiger Organisationen eine Besprechung statt. Sie verlief negativ. Nach den Erklärungen des Staatspräsidenten kommt eine Zurücknahme der Notverordnung nicht in Betracht, ebenso wenig ihre derzeitige Abänderung. Er stellte lediglich in Aussicht, daß bei einer weiteren, die Gehaltsverhältnisse der Beamten und Angestellten beruhenden Reichsnotverordnung die durch die württembergische Notverordnung vorgenommenen Gehaltskürzungen in Anrechnung gebracht würden. Hierbei könne auch erwogen werden, inwieweit die in der Eingabe geforderte Gehaltsstufung unter Festlegung einer höheren Freigrenze in Anwendung zu bringen sei.

Zahlungseinstellung. Das Baugeschäft Friede, G. Schulz sen., Stuttgart, hat unter dem Druck der Verhältnisse seine Zahlungen eingestellt. Die Schwäbische Treuhandgesellschaft Stuttgart ist mit der Feststellung der Vermögensverhältnisse und mit der Vorbereitung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens sowie mit der Führung der Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern beauftragt.

Weihnachtsmesse. Die Stuttgarter Weihnachtsmesse 1931 beginnt am Donnerstag, 17. Dezember, und dauert bis Donnerstag, den 24. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Obst-, Südfrüchte- und Wurstverkäufer werden nur in der Markthalle zugelassen. Die Möbelmesse, beschränkt auf drei Tage, findet vom 17. bis 19. Dezember in der Gewerbehalle statt.

Ehlingen, 26. Nov. (Polizei gegen Streikposten.) Am Mittwoch kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und streikenden Lederarbeitern, die das Betreten der Fabriken durch Arbeitswillige verhindern wollten. Die Polizisten gingen mit Gummiknüppeln und Fedagerten vor und trieben die Streikenden immer wieder auseinander.

Hirrlingen O.A. Rottenburg, 26. Nov. (Brand.) In der Nacht auf Mittwoch brannte das Anwesen des Küfers Hubertus Maurer bis auf den Grund nieder. Es konnte vom Mobilar fast nichts, das Vieh dagegen bis auf zwei fette Schweine gerettet werden.

Göppingen, 26. Nov. (Schutz dem Handwerk.) Am Mittwoch nachmittag verfielen wieder fremde, mit Lastwagen vorfahrende Chaiseloneverkäufer in verschiedenen Stadtteilen ihre Ware zu Schleuderpreisen abzugeben. Auf Grund früher schon gemachter Erfahrungen und weil es sich um schlecht gearbeitete Stücke handelte, griff die Polizei ein, nahm eine Untersuchung vor und verbot den Verkauf wegen unlauteren Wettbewerbs.

Mödingen O.A. Maulbronn, 26. Nov. (Motorradunfall.) Der 20 Jahre alte Sohn des Zimmermeisters Kälber von Mienzingen stieß auf der Straße Mienzingen mit seinem Motorrad auf einen entgegenkommenden Lastkraftwagen. Der Motorradfahrer wurde am Kopf sehr schwer verletzt. In seinem Aufkommen wird gemeldet.

Großluchen O.A. Neresheim, 26. Nov. (Ein Zeichen der Zeit.) Am Montag sollte in Rietheim, Gemeinde Großluchen, eine Zwangsversteigerung stattfinden. Drei Stück Jungvieh waren dem Verkauf ausgesetzt. Es hatte sich aber kein einziger Käufer eingefunden. Somit mußte der Gerichtsvollzieher ohne Erfolg abziehen.

Tigerfeld O.A. Mönningen, 26. Nov. (Schlechter kann's nimmer gehen!) Kam da zu einem hiesigen Landwirt ein Mehger und bot ihm für ein Sauglamb (75 bis 80 Pfund schwer) sage und schreibe 6 RM. Nachdem noch drei oder vier Händler kamen, wurde es schließlich für 13,50 RM. von einem Wirt gekauft.

Alm, 26. Nov. (Gemeinderatswahlen.) Nun sind die Wahlzettel der Parteigruppen für die am 6. Dezember stattfindenden Gemeinderatswahlen bekannt. Es treten diesmal sieben Parteigruppen auf. Neu sind die Kommunisten, der Christliche Volksdienst und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Von den 22 auscheidenden Gemeinderäten treten 15 wieder als Kandidaten auf. 7 lassen sich nicht mehr wählen und sind zurückgetreten.

## Meine Nachrichten aus aller Welt

Brünnings 46. Geburtstag. Reichsanzler Dr. Brünnings ist am 26. November 46 Jahre alt geworden.

Labendorffs Immunität aufgehoben. Der Geschäftsausschuss des preussischen Landtags beschloß am Mittwochabend die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Labendorff (B.P.) wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank für Handel und Grundbesitz zu erteilen.

Ein Zentrumsgesandter im Landtag verstorben. Der Abgeordnete der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages, Professor Grebe-Osnabrück, ist in Berlin im Landtaggebäude einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene vertrat den Wahlkreis Weier-Emo für das Zentrum.

Borgetäuschter Autobrand? Der Kaufmann Cromm in Burscheid (Niederrhein) hat am Montagabend mit seinem Kraftwagen Opladen verlassen, um sich nach Burscheid zu begeben. Dort ist er nicht eingetroffen. Am Dienstag nachmittag wurde sein Wagen kurz vor Bentrath brennend vorgefunden. Von Cromm fehlt jede Spur. Cromm war von seiner Firma vor einigen Tagen beurlaubt worden, da er in Verdacht stand, an den Veruntreuungen des bereits entlassenen Geschäftsführers der Firma beteiligt gewesen zu sein.

Verbot des nationalsozialistischen Parlamentsdiensts. Der Berliner Polizeipräsident hat den nationalsozialistischen Parlamentsdienst bis zum 24. Februar 1932 verboten, weil er eine kleine Anfrage des Abgeordneten Kube veröffentlichen sollte.

Botschafter von Britanien Ehren doktor. Der Präsident der Atlantic University in Virginia überreichte dem deutschen Botschafter von Britanien das Diplom des Ehren doktors der Rechte mit Doktorhut, sowie den von einem deutschen Bewohner der benachbarten Stadt Norfolk gestifteten Doktor-Talar.

## Aus dem Gerichtssaal

Beiratsschwindler

Tübingen, 26. Nov. Der 45jährige Elektromonteur Heinrich Schwaier von Oberhausen fand wegen nicht weniger als 18 Betrübereien vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht. Unter diesen 18 Fällen befinden sich 4 Beiratsschwindelbeleidigungen, die er an verschiedenen Orten begangen hat. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Der Lübecker Tuberkulose-Prozess

Lübeck, 26. Nov. Im Verlauf des Lübecker Tuberkuloseprozesses erklärte der Angeklagte Professor Dr. Koch, er könne nicht gelastet haben, Dr. Deode sei von ihm gemannt worden. Eine Warnung sei nicht erfolgt. Er habe Dr. Deode in dieser Sache persönlich gar nicht gesprochen. Wenn er erklärte, Dr. Deode habe die Kulturen vernichtet, so habe das aus einem Irrtum beruht. Er habe sich erkundigt und seinen Irrtum sofort berichtigt. Nach dem Unfall seien verschiedene Kerse aus dem Ausland in Lübeck gewesen und die Ausführungen dieser Kerzen hätten ihn auf den Gedanken gebracht, daß man vielleicht schon bei den Kindern Neuner und Reimert hätte Tuberkulose feststellen können. Vielleicht hätte man, von der Persönlichkeit Dr. Deodes beeinflusst, damals diesen Fällen nicht die Bedeutung beimessen, die man nach dem Unfall erkannte. Es sei vielleicht eine Tragödie der Autorität. Man wisse, daß das Calmetteverfahren unschädlich ist. Man saute damals, es müsse etwas Fremdes in den Kulturen gewesen sein. Diese Vermutung habe er zum Ausdruck bringen wollen. Davon, daß er damals sagen wollte, bemutet oder unbewußt sei etwas anderes in Lübeck ausgegeben worden, als das V.C.G.-System, könne keine Rede sein. Daran, daß ein verlässliches Calmettemittel ausgegeben worden sei, könnte er gar nicht denken. Er habe nur gemeint, die vielen Todesfälle müßten doch beweisen, daß etwas voran gekommen sei. Seit Mai 1930 habe er mit der Möglichkeit einer Virulent-Steigerung getrechnet.

Die Euliner Zusammenstöße vor Gericht

Eutin, 26. Nov. Im Zusammenhang mit den letzten politischen Zusammenstößen in Eutin verurteilte das Große Schöffengericht drei Angehörige des Reichsbanners wegen Landfriedensbruchs zu Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis. Ein Nationalsozialist, der am Tage nach den Unruhen einen politischen Gegner mit einem Revolverhaken verlegte, erhielt sechs Monate Gefängnis.

Samor

Aus einem Schulaussch. Aus Urach wird berichtet: Ein Mädchen der ersten Schulklasse schilderte in einem Schulaussch. wie sie mit ihrem Vater an einem Sonntag die neue Steige Urach-Hälben besichtigen durfte. Besonders eindrucksvoll wurde ihr dabei das Bild eines das Tal heraussehenden Schäfers. Diese Tatsache hält die Kleine mit herzerfreuender Realistik in folgendem Satze fest: „Aber die Schafe mühten auf der alten Steige bleiben, sie durften nicht gleich die neue Steige versch. gen.“





# Handel und Verkehr

## Wärkte

Stuttgarter Schlachtwiechmarkt vom 26. November

Zugvieh: 1 Ochse, 2 Bullen, 9 Junabullen, 86 Küder, 63 Rube, 243 Kälber, 538 Schweine, 23 Schafe, Unverkauft: 46 Küder.

Bullen: ausgem. 23-34 (uno.), mittl. 20-22 (21-22), Rinder: ausgem. 32-35 (32-36), mittl. 25-30 (26-30), H. 21-23 (22-25).

Kälber: feinste Maß und beste Saugf. 34-38 (34-37), mittl. 31-33 (uno.), ger. 27-29 (25-29).

Schweine: von 240-300 Pfd. 46-47 (48-49), von 200 bis 240 Pfd. 44-46 (45-47), von 160-200 Pfd. 41-43 (uno.), von 120-160 und unter 120 Pfd. 38-40 (38-41) Sauen 30-41 (32 bis 42). Verkauf: Großvieh schleppend, Kälber mäßig, letzte Schweine gesucht, sonst langsam.

Wiehpreise. Wehingen: Ochsen 360-400, Rube 120-360, Jungvieh 50-160, Kalbinnen 280-420 M. - Füllingen: Ochsen, Rube und Kalbinnen 200-345, Jungvieh 40-200 Mark.

Schweinepreise. Böhler: Milchschweine 6-12 M. - Ebnlingen: Milchschweine 10-15 M. - Wehingen: Milchschweine 7-12, Küder 20-35 Mark. - Füllingen: Milchschweine 12-14 Mark.

Waidmarkt, 25. November. (Marktbericht.) Zufuhr 85 St. Milchschweine, Preis 15-25 M. das Paar. Handel gedrückt, kleiner Ueberfluß.

### Holzpreise aus Bayern

Forstamt Landsbut (Niederbayern) am 20. Nov. für 300 fm. Nadelstammholz aller Klassen 50 Prozent der Landesgrundpreise.

Forstamt Eberstein-Nord (Wald) am 15. Nov. für 600 fm. Forstschlachtholz 1. und 2. Kl. 60 Proz. der Landesgrundpreise.

Forstamt Kemnath (Oberpfalz) am 14. Nov. für 100 fm. Nichten- und Tannenblachholz 1.-6. Kl. 50 Proz. der L.G.P.

Forstamt Neuhau (Oberfranken) am 18. und 19. Nov. für 220 fm. Nichten-Langholz 2.-6. Klasse und 435 fm. Forstschlachtholz 1.-5. Kl. 62 Proz. der Landesgrundpreise.

Sämtliches Holz wurde freihändig vor der Fällung verkauft.

Wollach, 25. November. (Holzverkauf.) Ein größerer Posten, 671 Festm. Stammholz und Abfälle 1.-6. Klasse aus der Waidfällung vor einem Jahr wurde letzter Tage vom hiesigen Forstamt zu 36 Prozent verkauft.

Horb, 27. November. In einigen größeren Ortschaften bei Horb kann zurzeit ein eifriger Heu- und Strohmarkt beobachtet werden. So haben die Landwirte und Viehhalter in der Gegend bei Heiligenbrunn sehr wenig Heu geerntet. Die Abfuhr geschieht meistens per Kasse, zwei und drei kräftige Kasse ziehen die hochbeladenen, oft 20-25 Ztr. schweren Deumwagen durch die Landstraßen. Bezahlt wird für den Zentner Heu, auch Kleehheu, etwa 2 Mark, man sieht, daß die Heupreise also wieder etwas angezogen haben, zumal im Sommer der Zentner ab Wiese 80 Pfg. bis zu 1 Mark galt. Der Ausfall an Stroh wird da und dort bei den Landwirten zu spüren sein und so mühen wieder diejenigen Ortschaften einbringen, die eine annehmbarere Ernte einführen konnten. Ein Zeichen, daß die Papierindustrie seit einigen Monaten sehr stark zurückgegangen ist, ist daraus zu ersehen, daß Schöngereppelle, im Walde bereitgelegte und aufgeschichtete Beigen mit Papierhölzern nicht an die bisherigen Firmen abgesetzt werden konnten, sondern nun an gewisser Stelle wohl oder übel als Brennholz verkauft werden mußten. Infolge des diesjährigen beträchtlichen Andrangs von Waldarbeitern zum Großholzhack wurden die Holzpreise stark gedrückt. Die Leute erhalten durchschnittlich pro Meter 70-90 Pfg. Allenfalls haben nun die Arbeiten in den Forsten begonnen. Die immer noch günstige Spätherbstwitterung wird nach Kräften ausgenützt.

### Kontakte

Witt. Theurer Jg., Landwirt in Eisenbach Gde. Göttingen. Firma Henster u. Weß, Komm.-Ges., Großhandel in Weß und Wollwaren in Stuttgart, Reinsbutstraße 6. Nachh. des im September 1930 f. Drahtwarenfabrikanten Gottlob Blind in Reutlingen.

## Letzte Nachrichten

Schwierige Finanzlage in Mecklenburg-Strelitz - Auszahlung der Beamtengehälter gefährdet. Neu-Strelitz, 26. November. In der heutigen Sitzung des mecklenburg-strelitzischen Landtags gab Minister Freiherr Dr. v. Reibnitz eine Regierungserklärung ab, in der er darauf hinwies, daß er dem Landtage schon vor einigen Monaten vorgelegt habe, den Anschluß an Preußen zu vollziehen. Inzwischen seien die Schwierigkeiten des Landes größer geworden. Der Monatsernte werde nicht mehr

fern sein, an dem die Staatsregierung nicht mehr in der Lage sei, die Beamtengehälter auszuzahlen. Die Staatsregierung halte es für geboten, daß der Haushaltsausfluß des Landtags sich beschleunigt mit der Finanzlage des Staates beschleunigt. Wegen eines Krankenhausesneubaus kam es dann zu Gegenfragen im Regierungslager. Die deutschnationale Fraktion brachte gegen den sozialdemokratischen Minister v. Reibnitz einen Mißtrauensantrag ein. Bei der Abstimmung unterlag die Regierung, da die bürgerliche Mitte mit der Rechten stimmte.

### König Alfons reist nach München

Paris, 26. Nov. Der ehemalige König von Spanien, Alfons, hat heute Fontainebleau verlassen, um sich zu einem dreitägigen Aufenthalt nach München zu begeben.

### Französische Einfuhrdekrete

Paris, 27. November. Das Amtsblatt veröffentlicht mehrere Einfuhrdekrete. Danach ist das Einfuhrkontingent für Rindfleisch aus dem Auslande erschöpft, und Rinder können nicht mehr vor dem 1. Januar 1932 nach Frankreich eingeführt werden. Dagegen werde die Einfuhr von Weizen nachtsäumen während der Zeit vom 1. bis 25. Dezember 1931 erlaubt.

### Gandhi über die Folgen eines Fehlschlagens der Londoner Indienkonferenz

London, 26. November. Gandhi erklärte einem Journalisten, der ihn nach den voraussichtlichen Folgen eines Scheiterns der Konferenz am Runden Tisch fragte: So, wie ich jetzt die Zukunft beurteile, könnte es zu neuen schweren Unruhen kommen. Selbst hier habe ich das Gefühl, daß das Volk durchaus zum Kampf bereit ist und nur auf ein Signal wartet.

### Wutmaßliches Wetter für Samstag

Dem Hochdruck im Osten steht immer noch die Depression im Westen gegenüber. Für Samstag ist unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laufer

**Dem Ziel entgegen**

Darüber spricht am Samstag, den 28. Nov. abends 8 Uhr im „Grünen Baum-Saal“

**Pg. SA.-Führer „Süd-West“ v. Jagow**

Kapitänleutnant a. D.

Deutsche aller Stände besucht diese Versammlung im Hinblick auf die kommende Gemeinderatswahl.

**N.S.D.A.P. Ortsgruppe Altensteig.**

Eintritt frei. Freie Aussprache.

Altensteig

Morgen Samstag

**Miekel-Suppe und Vocksbraten**

wogu freumblickst einladet

**Seeger zur „Traube“.**

**Stimmzettel**

zur

**Gemeinderatswahl**

liefert rasch die

**W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.**

**KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM**

Morgen-Röcke

Aida	Babell
Baumwoll-Wellen, Vorder- und Rückenteil, mit andersfarbigem Schal, u. Armbilende	Baumwoll-Wellen, Schal gesteppt mit Kordelein-gefaßt, Umlegekragen
3.85	4.85
„Kläre“ Kunstseidenrock, Vorder- und Rückenteil mit Applikation und andersfarbigem Schal	„Dora“ Wellen, mit breitem Schal und effektvoller Hand-Stickerei auf dem Vorder- und Rückenteil
7.85	9.75

442 Inseratenform geschützt

Altensteig.

Wintermäntel  
Lodenmäntel  
Arbeitsmäntel  
Herrenanzüge  
Knabenanzüge  
Windjacken  
Sporthosen  
Arbeits-hosen  
Arbeitsanzüge  
Anzug- und Ueberzieherstoffe

Schützt Euch gegen Erkältungen der Atmungsorgane. Das bewährte Mittel bei Husten, Heiserkeit u. Katarrh sind die seit Jahrzehnten berühmten

**Kaiser's Brust-Caramellen** mit den 3 Tannen

Zu haben bei: Löwen-Drogerie Oskar Hiller; Schwarz-wald-Drogerie Fr. Schlumberger; Christian Burghard jr.; Lorenz Luz jr. Inh. E. Beck; J. Wurster Nachf. Fr. Eckhard; Apotheke, Egenhausen; Chr. Beilharz Kaltenbachs Nachf.; Alfred Kuchler; Pfalzgrafenwe-ler; Apotheke Karl Rettich und wo Plakate sichtbar.

empfeht zu äußerst billigen Preisen

**Fritz Wizemann.**

Suche sofort gegen 1. Sicher-heit und guten Zins

**1000.- Mark**

Angebote an die Geschäfts-stelle des Blattes.

**Naturheilpraxis**

Frau K. Blum aus Karlsruhe hält einige Tage im Gasthaus zur „Traube“ Sprechstunden ab.

Sprechstunden 9-12, 2-6 Uhr auch am Sonntag.

Langjährige Erfahrung.

**Öffentliche Wahlversammlung!**

Samstag abend 8 Uhr im Gasthaus zum „Engel“

Referent: **Sandt. Abg. Schneid**

Thema: **„Die Gemeinderatswahlen in Württemberg“ „Wo steht der Feind?“**

Anschließend Rathaus-Bericht.

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft dazu ein. Kommt alle, holt euch Aufklärung über die Totengräber der Kommunal-Politik.

Freie Aussprache.

**N. P. D.**

**CCN Bausparkasse Leonberg (Württemberg)**

Unkündbare 4%ige Darlehen zu Hausbau, Hypo- thekenablösung, Existenzgründung.

Auskunft und Prospekte durch Hauptvertreter: **H. Walcher, Stuttgart, Römerstr. 72.**

**Neue Kalender für 1932**

Lahrer Hinkender Bote 60 Pfg.  
Evang. Württ. Kalender 50 Pfg.  
Der lustige Stuttgarter Bilder-Kalender 50 Pfg.  
Lorcher Astrologischer Kalender 1.50 Mk.  
Immergrün-Kalender 50 Pfg.  
Schwäbischer Heimat-Kalender 50 Pfg.  
Losungsbüchlein cart. 80 Pfg., geb. 1.- Mk. sowie  
Abreiß-Kalender, Neukirchner Kalender 1.- Mk.  
Herrnhuter Losungskalender 1.- Mk.  
sind vorrätig in der

**W. Rieker'schen Buch- u. Schreibwarenhandlung, Altensteig**

